



Scheidung macht sie arm

10 Jahre neues Unterhaltsrecht – die Bilanz: Warum durch dieses gut gemeinte Gesetz bisher vor allem Frauen Geld verlieren

3

Bloß keine Illusionen machen: Wenn die Liebe vergeht, haben Geschiedene seit Einführung des neuen Unterhaltsrechts 2008 deutlich weniger Ansprüche an ihre ExpartnerInnen Foto: Emma McIntyre/plainpicture

Kommentar von **Ulrich Schulte** über die SPD-Strategie vor dem Parteitag

Eine Brücke ins Nirwana

Man kann gerade in Echtzeit beobachten, wie die Autorität von SPD-Chef Martin Schulz zerfällt. Der SPD-Parteitag könnte am kommenden Sonntag eine neue Hürde für Koalitionsverhandlungen aufbauen. Denn der wichtige Landesverband Nordrhein-Westfalen drängt darauf, die Abschaffung der sachgrundlosen Job-Befristung zur Bedingung für eine Große Koalition zu machen. Käme es dazu, stünde SPD-Chef Schulz ein weiteres Mal nackt da. Er hat die Sondierungsergebnisse mit der Union bekanntlich als „hervorragend“ bezeichnet, obwohl darin von dieser arbeitsmarktpolitischen Reform keine Rede ist.

Martin Schulz ist nicht mehr in der Lage, seinen Laden hinter sich zu bringen und durch die komplizierte Gemengelage zu führen. Kurz nach seinem überschwänglichen Lob für das Sondierungsergebnis haben wichtige SPDler ohne Not

eine Debatte über Nachbesserungen angezettelt. Damit machten sie nicht nur ihren eigenen Chef klein, sie weckten auch unrealistische Erwartungen der skeptischen SPD-Basis.

Man muss keine Sympathien für die Union hegen, aber in diesem Fall kann man die Irritation ihrer Spitzenleute durchaus nachvollziehen. Erst ein Ergebnis aushandeln, aber dann ein Wunschdir-was nachliefern? Wie würde die SPD reagieren, wenn Jens Spahn plötzlich Steuersenkungen für Reiche forderte? Nein, die Strategie der verunsicherten SPD-Spitze, die ja von Anfang an keine Strategie war, hat etwas Unseriöses. Schulz wirkt wie ein unrasierter Autohändler mit Seidenkrawatte, der seinen Kunden mit immer neuen Versprechen Deals aufschwätzen will.

Er kündigt eine Evaluation der Großen Koalition nach zwei Jahren samt Nachbesserungen an, er will, dass die Bundesminister den Kontakt mit

der Bevölkerung suchen. Solche Luftbuchungen sollen vergessen machen, worum es eigentlich geht: Die Groko wäre als Regierungsbündnis für das Land nicht das schlechteste, aber sie bedeutet für die SPD ein existenzielles Risiko. Das aber weiß jeder in der Partei.

Ängstliches Taktieren bringt in solch einer Klemme nichts. Die SPD-Spitze hätte sich ohne Wenn und Aber hinter das ausgehandelte Sondierungsergebnis stellen müssen – ihre Zweifel machen sie unglaublich. Wie der Vorstoß aus Nordrhein-Westfalen ausgeht, ist dabei unvorhersehbar. Das Ende der sachgrundlosen Befristungen könnte eine Brücke für zweifelnde Delegierte sein. Aber diese Brücke führt ins Nirwana. Denn wenn die SPD eine neue Bedingung stellt, wird das auch die Union tun. Die Koalitionsverhandlungen würden mit einer Hypothek starten.

6

Reichsbürgerkind

Wenn die Eltern glauben, dass es den Staat nicht gibt – aber Chemtrails

4, 5

Uni-Artenschwund

Immer weniger Lehrstühle beschäftigen sich mit biologischer Vielfalt

18

Anzeige

WIR HABEN ES SATT!
DEMO 20.1.

ESSEN IST POLITISCH

NEIN ZU GLYPHOSAT!

11 UHR
BERLIN HBF

MIT
KOCHTOPF
ZUR DEMO

www.wir-haben-es-satt.de

Ausgabe Berlin
Nr. 11532
€ 2,10 Ausland
€ 1,60 Deutschland



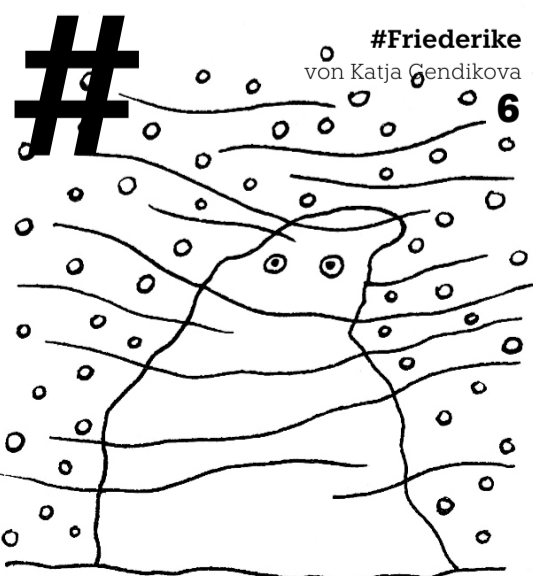
50603

Die taz wird ermöglicht durch

17.541

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



FREE DENIZ!

Guten Tag,
meine Damen und Herren!

verbotten gratuliert der Mehrheit des Bundestages zu ihrem weiteren grandiosen Sieg über die AfD. Nach dem Kandidaten der rechten Säcke für den Bundestagsvize wurde jetzt auch der Bewerber für das Parlamentarische Kontrollgremium abgelehnt. Wem das wohl nützt? Im Vergleich zum Bundestag war Pyrrhus ein großer Stratege. Die AfD jedenfalls freut sich schon aufs nächste

Opferfest.

verbotten fordert die Freilassung von Deniz Yücel